

OFFEN GESAGT

DR. TASSILO WALLENTIN

Rechtsanwalt in Wien und Bestseller-Autor.
tassilo.wallentin@wallentinlaw.com

Ab 1. Jänner müssen in Griechenland alle Bürger ihr Bargeld, ihren Schmuck und den Inhalt ihrer Bankschließfächer offiziell melden. Angeblich handelt es sich „nur“ um die Umsetzung einer Forderung der Troika; tatsächlich aber ist es ein Testlauf: Wenn er erfolgreich ist, dann wird es auch in den anderen EU-Staaten zur Meldepflicht von Bargeld und Schmuck kommen. Der Weg wäre dann frei für künftige Masseneinteignungen.



Der Testlauf für die Masseneinteignung

Offiziell setzt die griechische Regierung per 1. Jänner 2016 „nur“ eine Anordnung der Troika um und verpflichtet alle Bürger, Bargeld über 15.000 Euro, Schmuck im Wert von über EUR 30.000 Euro sowie den gesamten Inhalt und Standort ihrer Bank-Schließfächer bekannt zu geben. Die Wertgrenzen können jederzeit herabgesetzt werden. Derartige

Meldepflichten sind immer die Vorstufe von Masseneinteignungen. Dass solche in der Eurozone zu erwarten sind, sagte das weltweit renommierte Beratungsunternehmen Boston Consulting Group, schon vor Monaten voraus: Es wird neben Zwangsabgaben für Anleger und Sparer zu massiven Steuern auf Vermögen und Erbschaften kommen. Mit dem Geld der

Bürger will man den Schuldenschnitt zugunsten der südeuropäischen Pleitestaaten finanzieren, deren Bankenschulden unvorstellbare 9,3 Billionen Euro (in Ziffern: 9.300.000.000.000 €) betragen. Mit einem Wort – nicht die Schuldigen, sondern die EU-Bürger sollen zahlen. Dabei ist die Rettung der überschuldeten Staaten und Banken in Südeuropa durch den Steuerzahler ja gerade die Hauptursache der Euro-Krise. Nichts ist dümmer als die politische Idee, in einem Wahlkreisraum dürfe kein Staat und keine Bank pleitegehen. Das gibt es auch in den USA nicht: Dort springt weder die US-Notenbank noch Washington ein, wenn Kalifornien seine Beamten oder eine Bank ihre Spekulationsverluste nicht bezahlen kann: Es bleibt ein Problem der lokalen Regierung und der Schuldigen.

Die EU hatte schon einmal einen Testlauf wie jetzt in Griechenland gestartet: 2013 in Zypern. Dort kam es über Nacht zur Einhebung von Zwangsabgaben auf Sparguthabern, um Pleitebanken zu retten. Da die Aktion überraschend widerstandslos verlaufen war, fand sie Monate später als sogenanntes „Bail-In“ Eingang in EU-Recht. Unsere Regierung muss daher die Garantie abgeben, dass es zu keinen Meldepflichten und Masseneinteignungen kommen wird.

Buchbestellschein:

Ich bestelle ___ Stk. „Offen gesagt – Band 2 zur Meinungsbildung“ zum Preis von à € 17,- (inkl. 10% MwSt. zzgl. Versandkosten)

Name: _____

Adresse: _____

Unterschrift: _____ Datum: _____

Bestellschein ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
Kronen Zeitung, Kennwort: Offen gesagt – Band 2,
Postfach 1000, 1200 Wien oder faxen an 01/369 88 96.

